Nr. 578 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 281

Bezugspreis:
Für den Monat Dezember 750,— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 900,— M., für das übrige Ausland 1250,— M. Postbestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

15 Mark

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 180,— M. Reklamezeile 600,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 45,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 30,— M., jedes weitere Wort 20,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 50,— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Donnerstag, den 7. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Die Finanzen des Reiches.

Eine Rede von Dr. Hermes.

Im Haushaltausschuß des Reichstages gab heute bei der Beratung des Nachtragsetats der allgemeinen Finanzverwaltung Reichsfinanzminister Dr. Hermes eine ausführliche Darlegung über die Finanzgebarung des Reiches. Der Minister führte aus:

Der Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1922 bringt auf beiden Rechnungsseiten gegenüber dem bereits genehmigten Hauptetat einen so scharfen Zuwachs, wie ihn wohl noch niemals ein auf der Grundlage einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung arbeitendes Land zu beantragen hatte. Ich nenne nur zwei Zahlen: für die allgemeine Reichsverwaltung müssen dem ordentlichen Haushalt an fortdauernden und einmaligen Ausgaben rund 343 Milliarden Mark nachgefordert werden, wodurch das

Gesamterfordernis hierfür auf 442 Milliarden Mark

steigt, d. h. es muß ein Vielfaches von dem nachgefordert werden, was bei der Aufstellung des Hauptetats anzusetzen war.

Die zwei Zahlen, die ich genannt habe, zeigen zur Genüge, wohin uns die Geldentwertung treibt. Sie macht jeden Voranschlag illusorisch und läßt einen festgefügten Zahlenaufbau nicht mehr zu. Es ist bekannt, welche Sprünge die fremden Zahlungsmittel in den letzten Monaten gemacht und in wie sprunghafter Weise sich die Preise aller Roh- und Hilfsstoffe der Fabrikation und die Preise der Fertigerzeugnisse selbst erhöht haben. Ich möchte auf einige praktische Beispiele hinweisen: der vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat festgesetzte

Föderpreis für Fettförderkohle

— in normalen Zeiten etwa 12 M. — betrug im April d. J. etwa 900 M., im September etwa 4100 M. und jetzt mehr als 22 000 M.! Das bedeutet eine fast 2200fache Erhöhung. Dabei darf, wenn man die Frage prüft, ob die Preissteigerung in vollem Umfang der Weiterhöhung der ausländischen Zahlungsmittel entspricht, nicht unberücksichtigt bleiben, daß in England der Preis der Kohle seit dem Jahre 1913 ungefähr eine Verdoppelung aufweist. Der Preis für Stabeisen, der Ende des Jahres 1913 etwa 98 Mark für die Tonne betrug, beläuft sich

jetzt auf über 293 000 M.!

Auch hier ist die inzwischen auf dem Weltmarkt eingetretene, allerdings mäßige Preiserhöhung zu berücksichtigen. Aber auch wenn man das tut, kommt man zu dem Ergebnis, daß der Preis für Stabeisen für Deutschland nicht mehr weit von der Weltmarktparität entfernt ist, diese vielleicht schon übertrifft. Das gleiche gilt von einer Reihe anderer Eisenfabrikate, zumal, da wir bei der Erzversorgung jetzt fast ganz auf das Ausland angewiesen sind. Und erst recht ist die Anpassung an die Weltmarktpreise da festzustellen, wo es sich um solche Rohstoffe handelt, die wir ausschließlich vom Ausland kaufen müssen. Das ganze

Preisniveau hebt sich derart rapide,

daß nicht nur die Möglichkeit der Versorgung der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der für das Ausland arbeitenden Industrie immer schwieriger wird, sondern daß auch die Kapitalbedürfnisse in höchst bedenklicher Weise anschwellen. Wenn ein Land nach den Millionenverlusten an Menschenleben, die ihm der Krieg gebracht hat, nach seiner mehrjährigen Störung der normalen Gütererzeugung, nach der Abtrennung weiter Landesteile mit Arbeitskräften, Arbeitsmaschinen und Bodenschätzen, wenn einem Land mit derartig geschmälerter Produktionsbasis innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes auf Grund des Friedensvertrages solch

ungeheure einmalige und fortlaufende Leistungen aufgebürdet

werden, wie es im Falle Deutschlands geschehen ist, so kann Blutleerheit, in der es sich zurzeit befindet, nicht Wunder nehmen. Und wenn noch immer Stimmen laut werden, daß Deutschland an dieser Verarmung selbst die Schuld trägt, weil es absichtlich die Papiergeldvermehrung ins Unendliche gesteigert habe, so ist das eine Behauptung, die schon so oft mit einwandfreien Gründen von uns widerlegt worden ist, und die durch ihre trotzdem immer wiederkehrende Wiederholung nicht wahrer wird. Es gibt für die Privat- und Staatswirtschaft keine schwerere Last als die Geldentwertung und in Wahrheit hat niemand an ihr im Lande ein Interesse. Ich sage mit vollem Vorbedacht: „Niemand"; denn der Glanz und das Leben, die sich auf der Geldentwertung aufbauen, sind Scheinglanz und Scheinleben mit dem zweifelhaften und trügerischen Fundament der Banknote. Loucheur hat das in die Worte gekleidet, man müsse endlich mit der

Legende des bewußten deutschen Bankrotts

aufräumen. Er hat die vermeintliche Blüte Deutschlands als eine Fassade bezeichnet. Das Ausland läßt sich durch die hohen Zahlen blenden, die unsere Aktiengesellschaften im allgemeinen ausweisen. Aber es macht dabei denselben Fehler, der auch im Inland sich oft zeigt. Man vergißt, daß die hohen Zahlen, um sie richtig zu würdigen, durch den Entwertungsfaktor des Geldes dividiert werden müssen. Was will es denn besagen, wenn eine Aktiengesellschaft heute 500 M. auf eine mit 1000 Goldmark eingezahlte Aktie ausschüttet. Scheinbar sind das 50 Proz. bei einem am Dollar gemessenen Entwertungsfaktor indessen ganze 25 Goldpfennige, d. h. der Aktionär erhält eine Dividende von ½ Proz. Und selbst diese Dividendenausschüttungen sind im Vergleich mit der Lage der einzelnen Gesellschaften manchmal noch zu hoch bemessen und zwar deshalb, weil auch manche Aktiengesellschaften den Wert ihrer Gewinne verkennen und dadurch dazu verleitet werden, die Abschreibungen und Rückstellungen unzureichend zu bemessen, und dann im Zeitpunkt der neuen Anschaffung von Maschinen und anderen Produktionsfaktoren in Verlegenheit zu geraten. Sie leben daher

bewußt oder unbewußt von der Substanz,

wie das auch bei einem großen Teil der Bevölkerung der Fall ist. Ein besonders deutlicher und trauriger Beweis dafür ist die rege, in manchen Fällen gewissenlose Tätigkeit, die von den zahlreichen, täglich neu entstehenden Gold-, Silber- und Juwelenankaufsstellen entfaltet werden kann. Der Mittelstand ist heute überhaupt nur noch dadurch lebensfähig, daß er sich der Güter entäußert oder sie aufzehrt, die er in besseren Zeiten angesammelt hat. Was für den Einzelnen und für einzelne Teile der Volkswirtschaft gilt, das gilt auch für die Gesamtheit.

Wir können nicht so viel Werte produzieren,

um ohne Rückgriff auf die Substanz unsere Verpflichtungen, die sich in der Handels- und Zahlungsbilanz widerspiegeln, zu erfüllen. Ganze Häuserreihen in den deutschen Städten gehen aus deutschem in ausländischen Besitz über und auch auf deutsche Aktiengesellschaften legt das Ausland die Hand. Alles das, weil die deutsche Wirtschaft von der Substanz zehren muß. Diese Entwicklung ist noch in vollem Fluß. Nach den neuesten Ermittlungen des Reichsstatistischen Amts ist im November wiederum gegen den Monat Oktober eine

Verteuerung der Lebenshaltung um mehr als 100 Proz.

eingetreten. Für die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung ist nach der Indexzahl des Reichsstatistischen Amtes die Verteuerung der Lebenshaltung auf das 446fache der Vorkriegszeit gestiegen. Der klarste Beweis, wie sehr die Bevölkerung unter der Geldentwertung, mit der die Erhöhung der Einnahmen nicht entfernt Schritt gehalten hat, leidet. Noch weit ungünstiger als der Index der allgemeinen Lebenshaltung, der durch die Zwangswirtschaft beeinflußt wird, ist der Index der Großhandelspreise. Vergleicht man diese mit der Entwicklung der Mark, so sieht man, wie außerordentlich schnell sich die Großhandelspreise der Geldentwertung anpassen. Im Januar 1920 waren die Großhandelspreise etwa zwölfmal so hoch, wie zur Friedenszeit. Im Januar 1920 war ferner eine Goldmark gleich 14 Papiermark, zwei Jahre später 100facher Großhandelspreis und 1 Goldmark gleich 117 Papiermark, Ende November 1250facher Großhandelspreis und

1 Goldmark im Durchschnitt 1711 Papiermark.

Die fortschreitende Geldentwertung hat das Etatbild zunehmend verschlechtert. Zunächst möchte ich einen kurzen Blick auf den Etat für 1921 werfen. Das Ordinarium wies nach dem Voranschlag für 1921 ein Defizit von 19 Milliarden Mark auf. Durch das Zusammenwirken von erhöhten Einnahmen und geringeren Ausgaben, insbesondere durch das

Anwachsen der Steuererträge weit über die Schätzung des Haushaltplans

hinaus ist erreicht worden, daß in der Rechnung das Ordinarium der allgemeinen Reichsverwaltung mit einem Ueberschuß von rund 7 Milliarden Mark abschließt. Hierbei ist zu beachten, daß die gesamte vom Reich im Jahre 1921 geleisteten Zuschüsse zur Verbilligung von Lebensmitteln restlos aus den laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushalts gedeckt worden sind. Im außerordentlichen Haushalt war es gleichfalls möglich, die Ausgaben zu verringern und die Einnahmen zu erhöhen, so daß statt eines geschätzten Anleihebedarfs von etwa 30 Milliarden ein tatsächlicher Anleihebedarf von rund 25 Milliarden Mark verblieb. Die auf die Deckung durch Schatzwechsel angewiesenen Beträge waren immerhin noch außerordentlich hoch. Sie zwangen zu der im Frühjahr d. J. abgeschlossenen Steuerreform, wodurch die Steuerkraft des deutschen Volkes außerordentlich stark angespannt wurde. Dies hatte die Wirkung, daß in dem Hauptetat für 1922 die Einnahmen mit rund 115½ Milliarden eingestellt werden konnten. Die Ausgaben waren mit 99 Milliarden vorgesehen, so daß sich ein Ueberschuß von 16½ Milliarden ergab. Von den Einnahmen sollten auf Steuern und Abgaben 106 Milliarden Mark entfallen. Tatsächlich haben

bereits die ersten drei Monate 48 Milliarden Mark

erbracht. Diese Entwicklung der ersten drei Monate des laufenden Rechnungsjahres beweist, daß selbst bei einem so ungünstigen Dollarstande, wie er damals schon herrschte (1 Dollar = 300 M.) das deutsche Budget im allgemeinen hätte im Gleichgewicht erhalten werden können. Da die Ausgaben bei gleichbleibenden Verhältnissen nicht in demselben Maße gewachsen waren wie die Einnahmen, konnte ferner damit gerechnet werden, daß von einem Gesamtbetrage der zu erwartenden Einnahmen von etwa 200 Milliarden Mark ein Betrag von

etwa 30 Milliarden Mark für die Reparationen verfügbar

gewesen wäre und unter Hinzurechnung eines Betrages aus der Zwangsanleihe in Höhe von etwa 45 Milliarden Mark, hätte dies einen Betrag von 75 Milliarden Mark, d. h. bei einem Dollarstand von 300 M. den Gegenwert von 1 Milliarde Goldmark für die Reparationen ergeben. Alle diese Erwartungen sind durch die Entwicklung des Markkurses in den letzten Monaten vernichtet worden. Wohl haben die Einnahmen weitere Steigerungen erfahren, und zwar betrugen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im Juni 21, im August 31, im September 32, mithin im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 84 Milliarden Mark und im Oktober allein 50 Milliarden Mark. Aber unter dem Einflusse der rapiden Geldentwertung

wuchsen auch die Ausgaben schneller und stärker.

Der Ueberschuß von 16½ Milliarden Mark, den der Hauptetat im Ordinarium aufwies, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen aus dem Nachtragsetat verschwunden. Die Post muß einen Fehlbetrag von 48 Milliarden aufweisen, die Eisenbahn deckt Einnahmen und Ausgaben, ihr Anleihebedarf für Neubeschaffungen hält sich durchaus in den Grenzen ordnungsmäßiger Betriebsführung. Neue Bahnlinien sind seit Ende des Krieges nicht mehr in Angriff genommen worden. Für Reparationsbarzahlungen einschließlich der auf 270 Millionen Goldmark lautenden Schatzwechsel zugunsten der belgischen Regierung müssen 298 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden, so daß zuzüglich des für Sachleistungen erforderlichen Betrages 404,4 Milliarden eingesetzt werden müssen. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden Mark mehr als zur Erfüllung der im Londoner Ultimatum festgesetzten Reparationsforderungen von 3 Milliarden Goldmark im Mai 1921 notwendig gewesen wäre. Insgesamt müssen in den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages 613½ Milliarden gegen 210 Milliarden Mark im Hauptetat eingesetzt werden. Darunter befinden sich allein für die Besatzungskosten 25 Milliarden Mark.

Das Ordinarium der allgemeinen Reichsverwaltung weist, wie ich schon erwähnt habe, keinen Ueberschuß mehr auf. Immerhin ist es noch gelungen, das Gleichgewicht herzustellen. Die Einnahmen sind um 326 Milliarden höher angesetzt als im Hauptetat, die Ausgaben um 343 Milliarden Mark. Darunter befinden sich 54 Milliarden Mark für die Länder und Gemeinden infolge der Erhöhung der Ueberweisungssteuern, 55 Milliarden für Besoldungserhöhungen, 115 Milliarden für Besoldungszuschüsse an Länder und Gemeinden, 10½ Milliarden Mark für soziale Zwecke und 29 Milliarden Mark für die Erhöhung der Versorgungsgebührnisse infolge des Krieges und für Zuwendungen an Militärrentenempfänger. Im Ordinarium waren bisher 3½ Milliarden Mark angesetzt. Die nächste Aufgabe, die dem Reichstag als Schritt auf dem Wege besserer Verhältnisse zufällt, ist die Prüfung des Etats daraufhin, ob ihm bei seiner Aufstellung genügend weitgehende Sparsamkeit zugrunde gelegt worden ist. Alle Wünsche, die etwa dahin gehen, hier oder dort neue Ausgaben zu schaffen, müssen so weit irgend möglich zurückgestellt werden.

Ueberblickt man die ganze Entwicklung, so ist es klar, daß mit Experimenten an den Symptomen oder mit finanztechnischen Maßnahmen allein nicht zu helfen ist. Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt werden. Die Voraussetzung für jede Besserung ist eine solche Regelung der Reparationsfrage, die es ermöglicht, die Leistungen aus den Ueberschüssen der Volkswirtschaft zu bewirken. Tritt eine solche Regelung ein und erfährt infolgedessen der Markkurs eine Besserung, so wird nicht nur die Nachfrage nach wertbeständigen Objekten nachlassen, sondern auch die aufgespeicherten Devisen werden wieder zum Vorschein kommen.

Es ist klar, daß es in erster Linie die Pflicht Deutschlands selbst ist, alles das zu tun, was zu einer

Stabilisierung der Mark

führen kann. Es gibt für die Reichsregierung und insbesondere für das von mir geleitete Ressort keine wichtigere und dringlichere Aufgabe, als die Hebung und Stabilisierung der Mark. Alle Kräfte des Inlandes müssen angespannt werden, um die Erfüllung derjenigen Voraussetzungen für die Stabilisierung zu erreichen, die nicht nur wir, sondern auch die Wirtschaftskreise des Auslandes für unerläßlich erachten. Weiter ist äußerste Sparsamkeit im Verbrauch von Gütern und äußerste Sparsamkeit bei der Gestaltung der öffentlichen Ausgaben notwendig. Wir kommen aber

nicht ohne eine Hilfe des Auslandes

zu dem erstrebten Ziel, und diese Hilfe muß insbesondere darin bestehen, das verlorengegangene Vertrauen auf eine Besserung der Verhältnisse wiederherzustellen. Andererseits wird die Mitwirkung des Auslandes selbst erst dann erreichbar sein, wenn eine gewisse Sicherheit für die Gesundung der Verhältnisse in Deutschland gegeben wird.

Die Mitwirkung des Auslandes muß bald kommen. Es ist uns oft von der Gegenseite der Vorwurf gemacht worden, daß Deutschland nicht genügend aktiv gewesen sei in selbständigen Vorschlägen zur Regelung der Reparationsfrage. Die Gerechtigkeit aber erfordert, darauf hinzuweisen, wie oft deutsche Vorschläge, mündlicher und schriftlicher Art, von der Gegenseite kaum Beachtung gefunden haben, und wie langwierige Verhandlungen und wie lange Zeiträume erforderlich waren, um Beschlüsse der Gegenseite herbeizuführen.

Dollar 8150.

Je näher wir den Londoner Vorbesprechungen kommen, um so unsicherer gestaltet sich die Tendenz an der Börse. Am Devisenmarkte beobachtete heute die Spekulation und die Bankwelt weitgehende Zurückhaltung. Bei kleinen Umsätzen stellte sich der Dollar gegen Mittag etwa auf 8150 bis 8175. Man erörtert sehr lebhaft die Möglichkeiten einer Anleihe und die politische Konstellation. Für Effekten herrscht ebenfalls nur geteilte Meinung. Man rechnet damit, daß bis zum Jahresschluß die unsichere Tendenz anhält. Jedenfalls hat die Effektenhausse den größten Teil ihres Elans eingebüßt.

Wenn Deutschland auf eine Stabilisierung seiner Währung drängt und hierbei die Hilfe der ausländischen Finanzkräfte erstrebt, so tut es das in erster Linie im eigenen Interesse, aber es dient damit

ebensosehr den Interessen der übrigen Länder

und ganz besonders den Interessen Frankreichs.

Aus jeder eingehenden sachlichen Prüfung der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergibt sich die Besserung unserer Währung als das grundlegende Problem, das alles andere überschattet. Kein Opfer darf zu schwer erscheinen, wenn es gilt, das Land aus tiefster Not herauszuführen. Dieser Versuch der Lebensrettung unseres Volkes erfordert großen Mut auf allen Seiten, den Mut zu durchgreifenden Entschlüssen, und er darf doch nicht vor dem unvermeidlichen Risiko und den vielen nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten einer solchen Aktion zurückschrecken. Wir müssen bei all unseren Maßnahmen Rücksicht nehmen auf unsere Volksgenossen am Rhein.

Wir werden in unserem Bestreben, kein Mittel zur sachlichen Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten unversucht zu lassen, nicht erlahmen und dürfen daher auch die Erwartung aussprechen, daß die die ganze Welt beunruhigende Reparationsfrage bald überall im Geiste sachlicher Prüfung behandelt wird. Denn nur dann ist die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung, damit auch eine allmähliche Wiederkehr von Ruhe und Vertrauen in Europa und der ganzen Welt berechtigt ist. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Minister ergriff als erster Abgeordneter Dr. Helfferich (Dnatl.) das Wort.

(Schluß im Morgenblatt.)

Wie die Besatzung lebt.

Auf Kosten des verarmten deutschen Volkes.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages berichtete Genosse Stücklen über die Tätigkeit der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete. 207 Orte sind zurzeit mit Besatzungstruppen und Behörden belegt. Vom Herbst 1920 bis Sommer 1922, also in 1½ Jahren, mußten allein an Großmöbeln für die Besatzungstruppen beschafft werden: **1400 Salons, 2600 Herrenzimmer, 5000 Speisezimmer, 10 300 Schlafzimmer, 4600 Küchen, 180 Klubmöbel-Garnituren, 1800 Korbmöbel-Garnituren, 2100 Polstermöbel-Garnituren, 2300 Klubsessel, 6300 Korbsessel, 1400 Polstersessel, 2300 Bettstellen für Erwachsene, 3500 Kinderbetten, 3000 Kleiderschränke, 3400 Waschkommoden und 3000 Chaiselongues.**

Alles, was vorher und nachher vom Reich und den Städten beschafft werden mußte, ferner die große Anzahl von Möbeln in Schlössern und Privatwohnungen, die im Gebrauch der Besatzung sind, ebenso der Bedarf für die kasernenmäßige Unterbringung der Mannschaften ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Wie groß die Verschwendung auf Kosten des Deutschen Reiches ist, zeigen noch folgende Angaben. In demselben Zeitraum mußten beschafft werden: **800 Damenschreibtische, 500 Frisiertoiletten, 16 000 Bügeleisen, 16 000 Teppiche, 6900 Spielservice, 8900 Kaffeeservice, 35 000 Kaffeelöffel, 4300 Teeservice, 4000 Teelöffel, 25 000 Porzellanplatten, 72 000 Weißweingläser, 51 000 Rotweingläser, 15 000 Portweingläser, 45 000 Sektgläser, 50 000 Likörgläser, 26 000 Biergläser und 8000 Weinkaraffen.**

Rund 3000 Kilometer Leinwandstoff für Bett- und Tischwäsche sind für die Zwecke der Besatzung ins rheinische Gebiet gewandert.

Die Zukunft der Rheinlande.

Eine Rede Eberts über die Reparationsfrage.

Anläßlich seines Besuches in Anhalt führte der Reichspräsident Ebert in einer längeren Rede u. a. folgendes aus:

„Wieder soll in den nächsten Wochen versucht werden, der Lösung des Reparationsproblems näherzukommen; erneut sollen Verhandlungen beginnen, die zeigen werden, ob Vernunft und Frieden in der Welt die Oberhand über Feindschaft und Gewalt errungen haben und dem deutschen Volke das zugestanden wird, worauf es Recht hat: als tüchtiges Volk aufrecht und im friedlichen Zusammenwirken mit den Völkern der Erde sein Leben zu leben. In tiefem Mitgefühl verfolgen wir die Leiden und Sorgen unserer Brüder im Rheinland; treu und unerschütterlich halten wir zu ihnen, wie sie trotz aller Bedrückungen treu zum Reiche stehen; niemals können diese Bande gelöst werden, die uralte Volksgemeinschaft, die zweitausendjährige Kultur und Geschichte geschmiedet haben. Daß wir ehrlich bereit sind, jede Leistung, die wir tragen können, auf uns zu nehmen, hat die Reichsregierung in ihrer Note vom 13. November, das hat der Reichskanzler erneut vor dem Reichstag bekundet. Pflichttreue Mitarbeit aller Deutschen und selbstlose Opferwilligkeit jedes einzelnen nach Maßgabe seiner Kräfte sind nötig, wenn wir das Ziel der Lebensmöglichkeit unseres Volkes, der Gesundung Deutschlands und Europas erreichen wollen. Die Entwertung unseres Geldes und die damit verbundene Teuerung bedrohen weite Kreise unseres Volkes mit Verelendung und gefährden aufs äußerste unser ganzes Kulturleben. Einkehr, Selbstzucht und soziales Pflichtbewußtsein sind heute dringender denn je geboten. Das Gebot der Pflichten gegeneinander und gegenüber unserem Volke muß uns leiten, in der Erfüllung dieser Pflicht müssen wir persönliche Wünsche und Interessen zurückstellen. Nur wenn uns dieser Geist beseelt, werden wir den Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes führen und bestehen."

Großer Waffenfund in Leipzig.

Vor einiger Zeit wurden in einem dem Rat der Stadt Leipzig gehörigen Grundstück in der Nonnenmühlgasse bedeutende Waffenfunde gemacht. In Verdacht kam damals der Leiter der in diesem Hause untergebrachten Jahnklinik, der alsbald seinen Posten wechselte.

Am Montag ist erneut ein größerer Waffenfund, ebenfalls in einem städtischen Gebäude, und zwar in der Thomasschule in der Schreberstraße, gemacht worden. Gefunden wurden etwa 4000 Stück scharfe Patronen, 340 Gewehre, 8 Seitengewehre, 4 scharfe Minen, mehrere Kisten mit Stielhandgranaten und 2 Minenwerfer mit vollständigem Zubehör, und 2 Maschinengewehre.

Wie die Waffen dorthin gekommen sind, will natürlich niemand wissen.

Will Stresemann das schützen?

Wie dringend wir der Gesetze zum Schutze der Republik und ihre Anwendung bedürfen, beweist erneut ein Fall, der uns aus Hannover berichtet wird. Dort erscheint, angeblich als „Einzig unabhängige Zeitung in Hannover", die „Freie Meinung", eines der üblen Hetzblätter deutschvölkischen Einschlags. In der Nummer vom 25. November, also einen Tag nach der Programmerklärung Dr. Cunos im Reichstag, leistet sich dieses Organ einen Artikel: „Parole: Arbeiten wir!" Dieses Geisteserzeugnis stellt mit das Bösartigste dar, was sich die Gegner der Republik in den letzten Jahren erlaubt haben. „90 Prozent der deutschen Bevölkerung", so heißt es da, „wüßte aus Erfahrung, daß in Deutschland durch ehrliche Arbeit überhaupt nichts mehr zu erwerben" sei. Und dann fährt der Artikel fort:

„Kein Wunder, wenn die Mehrzahl des deutschen Volkes auf die Arbeit pfeift, zumal sie in den letzten vier Jahren gesehen hat, daß auch ihre Regierung durch rege Arbeit, durch eine Tat nichts Greifbares geschaffen hat, das dem Volke nur irgendwie imponiert hätte. Das Volk der Denker und Dichter hat die vier Jahre Schulzeit nicht ungenützt verstreichen lassen. Es hat gelernt, wie man ohne Arbeit nicht nur sein leben, sondern sogar regieren kann.... „Wer regieren kann, braucht nicht zu arbeiten," sagt sich das Volk, „der kann vom Schieben, Stehlen, Streiken, Trinken und Zigarettenrauchen leben."

Das regierende Volk ahmt auch die Koalitionsregierung nach: Ein Teil — der schiebende — verschiebt alles Erreichbare, gleichviel, ob es gestohlen, geraubt oder sonstwie ergattert war, und lebt von dem Erlös herrlich und in Freuden. Der andere Teil — der streikende — steht grollend, wie ein Vulkan, beiseite und wartet mit drohenden Blicken auf Lohn- und Gehaltserhöhungen, damit er es dem ersten Teil gleichtun kann. Die dritte Regierungskasse — die die Kneipen und Zigarettenfabriken am wohlwollendsten unterstützt — besteht aus einem rechten und einem linken Flügel. Der rechte rekrutiert sich aus 20 bis 35 Jahre alten Dieben, Trinkern und Arbeitsscheuen, während dem linken Flügel alles angehört, was noch mit den Gänsen im Streit liegt."

Der Abgeordnete Dr. Stresemann hat die Aufhebung der Gesetze zum Schutz der Republik gefordert. Will die Volkspartei wieder völlige Schimpffreiheit gestatten, nachdem ihre eigenen Parteigenossen in der Regierung sitzen? Will sie die Becker und Bölitz, die Heintze und Richter als „Schieber" und dergleichen beschimpfen lassen?

Morgen Antwort auf die Sühne-Note.

In der Frage der Beantwortung der Note, die den Städten Ingolstadt und Passau eine Sühne von je 500 000 Goldmark auferlegt, liegen endgültige Beschlüsse der Regierung noch nicht vor und sind auch im Laufe des heutigen Tages nicht mehr zu erwarten, sondern voraussichtlich erst morgen. Ausgegangen wird bei der Beantwortung der Note vor allem von der Sorge um das Los der Deutschen am Rhein.

Knilling ist befriedigt.

München, 7. Dezember. Die „Korrespondenz Hoffmann" meldet nichtamtlich: Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling ist heute vormittag aus Berlin nach München zurückgekehrt. Die Verhandlungen des Reichskanzlers und des Außenministers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten waren von freundschaftlichem Geiste getragen und zeigten weitgehendes Verständnis für die Lage in Bayern. Am Montag wird die Antwort der Reichsregierung voraussichtlich veröffentlicht werden. Im bayerischen Landtag wird der bayerische Ministerpräsident wahrscheinlich am Dienstag über die Verhandlungen und die Lage Mitteilungen machen.

Die Wohlfahrtspflege Berlins.

Auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege hat die Geldentwertung die Anforderung an den städtischen Haushalt gewaltig gesteigert. In der letzten Magistratssitzung ist der Mehrbedarf für den Rest des Rechnungsjahres auf ungefähr 5 Milliarden Mark festgestellt worden. Dabei kommen in Betracht die Mehrausgaben für die Lebensmittel zur Beköstigung für die Kranken, Siechen usw., die gesteigerten Kohlenkosten und die Mehraufwendungen für die Pflegegelder der Waisenkinder und Unterstützungen der von der städtischen Wohlfahrtspflege unterstützten Personen. Die gesamte Mehrausgabe steigt gegenüber dem Haushalt auf ungefähr das Achtfache.

Trotz der zum Teil radikalen Einschränkungen, die der Magistrat vor allem auf personellem Gebiet vorgenommen hat (es sind Tausende von Hilfskräften, Arbeitern und Angestellten entlassen worden), hielt der Magistrat eine Einschränkung der sozialen Arbeiten nicht für möglich, um so weniger, als im Laufe des Winters voraussichtlich ein Teil der privaten Kranken- und Armenfürsorge aus Mangel an Mitteln zusammenbrechen wird.

Die städtischen Kassen sind leer. Der Magistrat schlägt deswegen eine bedeutende Erhöhung der Ueberschüsse der städtischen Werke vor. Und zwar beim Gas um 10 Proz., beim elektrischen Licht um 20 Proz. In einer vom Nachrichtenamt verbreiteten Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Kämmereiabgaben der städtischen Werke in Berlin im Verhältnis zu anderen Großstädten ungewöhnlich gering seien. Das Gas bringt nach Angaben des Magistrats in Berlin 50 Pf., dagegen in Düsseldorf und Köln 4½ M., in Breslau 3½ M. Ueberschuß. Die Kilowattstunde in Berlin 85 Pf., in Köln 2,20 M., in Düsseldorf über 5 M., in Breslau über 9 M. Der Magistrat weist ferner darauf hin, daß auch die prozentuale Beteiligung der Werke an der Aufrechterhaltung des städtischen Haushalts gegenüber dem Haushaltsentwurf bedeutend geringer geworden ist.

Wir müssen uns unsere Stellungnahme zu der Vorlage vorbehalten, bis sie uns im Wortlaut vorliegt. Unter allen Umständen teilen wir die Meinung des Magistrats, daß die sozialen Aufgaben und die Wohlfahrtspflege in Berlin unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf. Ob eine so starke Erhöhung der Werktarife gerade jetzt, wo die Tarife sowieso schon sprunghaft anziehen, das Richtige ist, möchten wir bezweifeln. Um die 1,8 Milliarden Gewerbesteuer haben die bürgerlichen Parteien monatelang mit sich handeln lassen. Hoffentlich wird angesichts der katastrophalen Not der ärmsten Bevölkerung es diesmal etwas leichter sein, die Herrschaften auch ihrerseits zu Zahlungen zur Deckung des Defizits zu veranlassen.

Landfriedensbruch wegen Helfferich.

Zweibrücken, 7. Dezember. (WTB.) Im Prozeß gegen die wegen Landfriedensbruchs in der Villa des Bruders des Abgeordneten Helfferich angeklagten Kommunisten wurde gegen zwei das Urteil gefällt, nachdem die Verhandlung die ganze Nacht über gedauert hatte. Die beiden Angeklagten wurden für schuldig befunden und zu einem Jahr bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen 7 Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Not der deutschen Wissenschaft.

Adolf v. Harnack veröffentlicht in der englischen Zeitschrift „The Nation and The Athenaeum" einen packenden Aufsatz, in dem er „die Krisis in der deutschen Wissenschaft" darstellt. Er geht von den Versuchen Deutschlands aus, sich selbst zu helfen, schildert die Gründung der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" und ihre Leistungen. „Aber die Katastrophe, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands in den letzten vier Monaten überwältigt hat, hat auch die schlimmsten Wirkungen auf die deutsche Wissenschaft gehabt," fährt er fort. „Die Entwertung des deutschen Geldes hat eine entsprechende Entwertung aller anderen Werte zur Folge gehabt. Schon vor zwei Jahren glaubten wir, wir wären in großer Not; aber jetzt erst begreifen wir ganz, was die Worte „große Not" und „Zusammenbruch" wirklich bedeuten. Gegenwärtig handelt es sich nicht länger darum, der deutschen Wissenschaft zu helfen, sondern sie zu retten. Dieser Ruf nach Hilfe wendet sich nicht nur an die Deutschen selbst, denn sie können in ihrer Verarmung nicht mehr viel leisten; er richtet sich an alle zivilisierten Nationen. Ich will hier nicht die Frage der Verantwortlichkeit erörtern; ich begnüge mich damit, zu erklären, daß wir hier vor einer Gesamtverantwortlichkeit stehen, die alle Völker tragen und daß die bereits erfolgten Verluste nur durch eine Gesamthandlung gutgemacht werden können." Harnack erörtert dann des näheren die Katastrophe, die über unsere Wissenschaft hereingebrochen ist. Er wiederholt vor dem Ausland die uns leider nur zu wohlbekannten Tatsachen, daß Deutschland keine fremden wissenschaftlichen Bücher und Zeitschriften mehr kaufen kann und daß es dadurch von der „Sphäre internationaler wissenschaftlicher Tätigkeit" ausgeschlossen wird. Wissenschaftliche Werke und Zeitschriften können in Deutschland nicht mehr gedruckt werden; die Resultate gelehrter Arbeiten müssen in kurzen Auszügen vorgelegt werden, die für den Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung nur wenig Wert haben. Gelehrte von hohem Ruf befinden sich in den größten materiellen Schwierigkeiten und wissen oft tatsächlich nicht, wovon sie die nächste Woche leben sollen. Sie müssen daher irgendeinen Nebenerwerb suchen und verbrauchen ihre Kraft im furchtbaren Kampf ums Dasein, schweigend, denn sie sind zu stolz, um zu klagen. Endlich fehlt der Nachwuchs an Gelehrten. Die Zahl der Studenten ist zwar noch groß, aber nur eine begrenzte Zahl kann seine Studien beenden, sehr viele müssen vorher ins praktische Leben übertreten. Die Studenten können sich keine Bücher mehr kaufen, die Naturforscher keine kostspieligeren Versuche mehr ausführen.

Harnack wendet sich dann gegen den Einwand der Ausländer, daß sie „die deutsche Wissenschaft nichts angeht". Andere Völker würden eben in der wissenschaftlichen Forschung die Stellung der Deutschen einnehmen, und diese könnten wieder anfangen, wenn sie sich erholt hätten. „Es gibt aber keine Pause in wissenschaftlicher Forschung, wie uns die Geschichte lehrt," sagt Harnack, „jeder Wissenszweig kann nur leben, wenn er fortschreitet; Aufhören ist gleichbedeutend mit Tod. Es ist dasselbe, wie bei einem Hochofen: wenn die Kohle fehlt, so geht er aus und kann dann erst wieder mit großen Mühen entzündet werden." Aber nicht nur für Deutschland ist der Untergang seiner Wissenschaft von ungeheurem Schaden, sondern für die ganze Welt. „Die Solidarität der modernen Wissenschaft ist ebenso groß wie die der modernen Wirtschaft. Alle zivilisierten Völker der Welt sind voneinander abhängig, was die Aufrechterhaltung der Kultur und Wissenschaft anbetrifft."

Harnack hält die Rettung der deutschen Wissenschaft noch für möglich; aber die letzte Minute ist gekommen, und es genügen nicht nur die großherzigen Unterstützungen einzelner Freunde. Deutschland muß teilhaben an den großen Stiftungen, die in der Welt zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungen gemacht worden sind. Vor allem aber ist die Revision des Vertrages von Versailles notwendig. „Solange der Vertrag nicht revidiert ist, sind alle Anstrengungen, das geistige Leben in Deutschland vor dem Untergang zu bewahren, nutzlos. Wem an einem wirklichen Frieden gelegen ist, der Wissenschaft und Kultur — nicht nur die deutsche — ihrem wahren Wert nach schätzt, wer wünscht, daß Europa vor dem Untergang gerettet werde, der solle seine Stimme erheben zugunsten der Revision des Vertrages von Versailles."

Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden hat sich nach dem Kriege umstellen müssen und sich allmählich zu einem „Zentral-Institut für Volksgesundheitspflege" entwickelt. Ueber die Arbeiten und die gegenwärtige bedrohte Lage dieses wichtigen Institutes berichtet der Kustos Dr. Martin Vogel in der „Klinischen Wochenschrift". Um mehr in die Weite zu wirken, veranstaltete das Museum zahlreiche Wander-Ausstellungen, die durch Hunderte von deutschen Städten geführt und von mehr als zwei Millionen Besuchern besichtigt wurden; sodann wurden viele Tausende von Lichtbildern überall verbreitet und Unterrichtssammlungen über einzelne Gebiete der Gesundheitspflege zusammengestellt. Diese mustergültigen Anschauungstafeln werden an Schulen, Behörden und Versicherungsträger abgegeben und gelangen bis in die kleinsten Orte. So ist das Museum das Rückgrat der gesundheitlichen Aufklärungsarbeit im Deutschen Reich geworden und hat sich auf diese Weise auch immer neue Einnahmequellen erschlossen. Es wurden Lehrmittelwerkstätten errichtet, und auch die Ausstellungen brachten Erträge, aber da diese Lehrmittel und Ausstellungen in erster Linie ein gemeinnütziges Interesse verfolgen, so mußten die Preise um der guten Sache willen niedrig gehalten werden. Im Ausland herrscht ein überraschendes Interesse für die Arbeit des Museums. Es wurden nicht nur in der Schweiz und Holland Ausstellungen veranstaltet, sondern auch an andere Staaten, wie Argentinien, Brasilien, Japan, Litauen, Rumänien, Schweden sehr umfangreiches Material geliefert. So hat das Museum eine ganz einzigartige Kulturpropaganda betrieben und ist gerade in einer Zeit, in der mehr denn je die Volksgesundheit unser höchstes Gut ist, von großer Wichtigkeit. Bei der gewaltigen Preissteigerung der letzten Zeit sind aber die Ausgaben in einer Weise angeschwollen, daß das Museum im Oktober bereits eine Schuldenlast von zwei Millionen Mark hatte und ganz zu erliegen droht. Zuschüsse erhielt das Institut bisher nur von der Stadt Dresden, und als erste Nothilfe sind ihm aus den Mitteln des Branntweinmonopols 200 000 M. von den Reichsbehörden bewilligt worden. Um weiter bestehen zu können, muß aber ein einmaliger größerer Zuschuß gewährt werden.

Das Grab Heinrich Heines. Vor zwanzig Jahren, aus Anlaß des hundertsten Geburtstages Heinrich Heines, hatte die „Frankfurter Zeitung" eine Sammlung veranstaltet, aus deren Erträgnissen dauernd ein Blumenschmuck auf dem Dichtergrabe im Friedhof Montmartre unterhalten wurde. Die Pariser Gärtnerfirma Desclers hatte es übernommen, für die stete Erneuerung der Blumen zu sorgen, und seit zwei Jahrzehnten sich der Aufgabe gewidmet. Der Krieg unterbrach diese Verbindungen. Ueber das weitere Schicksal des Dichtergrabes berichtet die „Frankf. Ztg.": Die furchtbare Markentwertung hat es uns nun unmöglich gemacht, den Frankenbetrag der erwachsenden Kosten aufzubringen. Wir setzten der Gärtnerfirma die Lage auseinander und erhielten darauf folgenden Brief:

„Wir verstehen vollkommen, daß die gegenwärtige Lage für alle Welt unglücklich ist. Während des Krieges haben wir das Grab des großen Dichters stets unterhalten und wir haben auch Ihrer Bitte entsprechend die Absicht, nicht damit aufzuhören. Wie in der Vergangenheit werden wir das Grab pflegen, und wenn die Lage sich wiederherstellt, wie es sich gehört, dann werden Sie unsere Schuldner sein; wenn im Gegenteil die Lage nicht wiederhergestellt wird, dann schulden Sie uns nichts."

Dieser Gärtner hat den verantwortlichen Männern seines Landes eine vortreffliche Lehre gegeben. Leider hat aber der gesunde Menschenverstand keine Stätte mehr bei diesen.

Die streikenden Schauspieler führen Lessings „Minna von Barnhelm" Sonnabend 7½ Uhr und Sonntag um 3½ und 7½ Uhr in der Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee, auf. Schillers „Kabale und Liebe" wird in derselben Besetzung wie bisher in der Bötzow-Brauerei am Freitag 7½ Uhr, in der Rhombera, Kurfürstendamm, viermal zur Aufführung gelangen.

Im Central-Theater finden außerhalb der täglichen Abendvorstellungen noch folgende Vorstellungen statt: Donnerstag 10½ Uhr „Scheiterhaufen" von Strindberg; Freitag und Sonnabend 3½ Uhr „Der gestiefelte Kater"; Sonntag 3 Uhr „Rosmersholm".

Dr. Max Dessoir spricht im Menschenbund an Stelle des Dr. Just Freitag 7½ Uhr Hohenstaufenstr. 48/49 über „Wort und Ton in Wissenschaft und Kunst".

Die deutsche zoologische Station in Neapel, in der Vorkriegszeit eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute, ist von der italienischen Regierung der deutschen Wissenschaft zurückgegeben worden. Der frühere Leiter der Station, Prof. Dohrn, könnte seine Arbeitsstätte sofort wieder beziehen, wenn es nicht die Stadt Neapel für notwendig erachtet hätte, gegen die Entscheidung der Regierung bei dem obersten italienischen Gerichtshof Berufung einzulegen. Dadurch wird die Uebergabe verzögert.

Entscheidende Stunden in Lausanne.

Die Lausanner Konferenz ist in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Der heutigen Sitzung wird besondere Bedeutung beigemessen. Es dürfte sich darin entscheiden, ob ein Kompromiß zwischen der interalliierten und der russischen These über die Neutralisierung der Meerengen möglich ist. Natürlich wird der vom amerikanischen Botschafter Child gestern gehaltenen Rede über den Standpunkt der Vereinigten Staaten besondere Wichtigkeit beigemessen, indessen wird ihr Sinn sehr verschieden ausgelegt. In englischen und französischen Kreisen neigt man natürlich zur Auffassung, daß sie den eigenen Standpunkt unterstützt, während Tschitscherin in einem Interview erklärte, er erblicke darin eine auch für Rußland annehmbare Verhandlungsgrundlage, da Child betont habe, er fasse nur die Durchfahrt einzelner Kriegsschiffe ins Auge.

Am merkwürdigsten ist es, daß die türkische Delegation sich bisher am allerwenigsten in jener Frage festgelegt hat, an der ihr Land zweifellos am meisten interessiert ist. Ismet Pascha begnügte sich in der gestrigen Sitzung damit zu erklären, daß er bereit sei, den Plan der Entente mit den technischen und militärischen Sachverständigen zu studieren. Auch Tschitscherin erklärte sich dazu grundsätzlich bereit; hielt aber zugleich eine neue längere Rede, in der er nochmals den russischen Standpunkt darlegte, die russischen Vorschläge als dem Frieden besser dienend bezeichnete und mit den Worten schloß:

„Als ich Lord Curzon hörte, hatte ich den Eindruck, daß der Grundgedanke seiner Darlegungen die Schaffung eines Systems gegen Rußland ist. Wir schlagen den Frieden vor und Ihr verewigt den Krieg gegen uns. Die russische Revolution hat aus dem russischen Volke eine Nation gemacht, deren Energie mit beispielloser Kraft in der Regierung konzentriert ist. Wenn man ihr den Krieg aufzwingt, so wird das russische Volk nicht kapitulieren. Ihr seid vielleicht beunruhigt, weil unsere Kavallerie wieder auf den Pamir-Ebenen erschienen ist und weil Ihr nicht den halbidiotischen Zaren vor Euch habt. Wir schlagen nicht den Krieg, sondern den Frieden vor auf Grund der Scheidewand zwischen uns und der freien Souveränität der Türkei."

Nach einer Meldung von „Est Europe" aus Lausanne wird dort allenthalben behauptet, die Türken würden zwar gegen die Vorschläge der Alliierten gewisse Vorbehalte machen, sie im Grunde aber annehmen, besonders wenn ihnen eine weitere Garantie bezüglich der Sicherheit Konstantinopels gegeben würde. Jedenfalls würden die Türken nicht mit den Russen gemeinsame Sache machen. Die Russen würden allein gegen die Vorschläge Lord Curzons Opposition machen.

Dieser Version stehen allerdings andere Meldungen entgegen, wonach in den Kreisen der türkischen Delegation ein gewisser Pessimismus herrsche, der wohl auf Depeschen aus Angora zurückzuführen sei. Es heißt, daß besonders Mustapha Kemal mit dem bisherigen Gang der Verhandlungen sehr unzufrieden sei.

Die Londoner Konferenz.

Französische Unzufriedenheit mit England.

Paris, 7. Dezember. (WTB.) Das „Echo de Paris" schreibt zu der Londoner Vorkonferenz: „Die „Times" hat sich für eine einfache Ueberwachung der finanziellen und Währungsreformarbeiten durch die Alliierten ausgesprochen, eine Arbeit, die die Deutschen mit Hilfe des ihnen zu gewährenden Moratoriums durchzuführen hätten. Wahrscheinlich gehen die Gedanken des Cityblattes in derselben Richtung wie diejenigen von Downingstreet. Wieder einmal werden unsere englischen Freunde einen Versuch machen, die Reparationsfrage auf das Maß eines einfachen Finanzproblems zurückzuführen und die politische Seite vernachlässigen; kurz, sie werden Ueberlegungen anstellen, wie die im Oktober auf Veranlassung der deutschen Regierung in Berlin zusammengetretenen Bankiers sie festlegten."

Gegen den Plan der Bankiers wendet sich „Echo de Paris" mit der Behauptung, Deutschland werde seine Schulden nur bezahlen, wenn es dazu gezwungen würde. Jetzt werde es versuchen, sein Währungssystem wieder herzustellen, um dem wirtschaftlichen Verfall zu entgehen, ohne deshalb in den Rahmen des Vertrags zurückzukehren. Frankreich wolle die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht zerstören, aber es wolle auch nicht Deutschland sich wieder erheben lassen, ohne daß es sich den Verpflichtungen des Versailler Vertrags füge. Die Beschlagnahme der wirtschaftlichen Einnahmequellen des Rheinlandes und des Ruhrgebiets solle Frankreich verbürgen, daß die deutsche Finanzreform sich im Interesse der Rechte Frankreichs vollziehe.

Die Schulden der Alliierten in Amerika.

Washington, 7. Dezember. (EP.) Der Finanzminister Melon hat gestern seinen Jahresbericht veröffentlicht. In dem Bericht wird erklärt, daß England wahrscheinlich seine Schulden an Amerika bezahlen werde und daß auch die Regelung der anderen öffentlichen Schulden keine großen Schwierigkeiten machen werde. Die Bezahlung der Schulden Frankreichs an Amerika hänge von der Lösung der Reparationsfrage ab. Das beste Mittel, Amerika in den Stand zu setzen, Europa zu helfen, bestehe darin, daß Amerika eine stabile Finanzlage besitze. Es müsse sich zu diesem Zweck eine strenge Sparpolitik auferlegen. In dem Bericht wurden die Staatsschulden auf 23 Milliarden Dollar festgesetzt. Das Defizit für das Budget des nächsten Jahres beläuft sich auf 274 Millionen Dollar, das aber wahrscheinlich abgetragen werden könne. Die ausländischen Staaten schulden Amerika gegenwärtig 10 045 Millionen Dollar.

Devisenkurse.

	7. Dezember		6. Dezember	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	3211.95	3228.05	3341.62	3358.38
1 argentinischer Papier-Peso	3022.42	3037.58	3157.08	3172.92
1 belgischer Frank	521.69	524.31	536.15	538.85
1 norwegische Krone	1511.21	1518.79	1561.08	1568.92
1 dänische Krone	1635.90	1644.10	1720.68	1729.32
1 schwedische Krone	2144.62	2155.38	2264.32	2275.68
1 finnische Mark	201.49	202.51	208.47	209.53
1 japanischer Yen	3565.31	3584.69	4069.87	4090.13
1 italienische Lire	401.99	404.01	413.96	416.04
1 Pfund Sterling	36309.—	36491.—	38154.37	38345.63
1 Dollar	8079.75	8120.25	8391.46	8433.54
1 französischer Frank	568.57	571.43	581.04	583.96
1 brasilianischer Milreis	967.57	972.43	982.53	987.47
1 Schweizer Frank	1506.22	1513.78	1571.06	1578.94
1 spanischer Peseta	1241.88	1248.12	1290.77	1297.23
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	11.77	11.83
1 tschechische Krone	252.36	253.64	264.33	265.67
1 ungarische Krone	—	—	3.59	3.61
1 bulgarischer Lewa	—	—	62.09	62.41
1 jugoslawischer Dinar	—	—	112.71	113.29

Das Ständchen.

Kürzlich wurde für den notleidenden Mittelstand gesammelt. Das ist gewiß verdienstlich, wenn man nicht vergißt, daß auch viele Arbeiterfamilien aller Verzweiflung voll sind. Und es wurde, um der guten Sache gewissermaßen mehr Schwung zu geben, mit Musikbegleitung gesammelt. Das war vergnüglich. Auf dem Olivaer Platz zum Beispiel, ganz nahe am feinen Kurfürstendamm, spielte die Kapelle eines Reichswehrregiments.

In früheren Zeiten war ja eine solche Musik, die man Ständchen nannte oder auch Platzmusik, in allen Garnisonstädten üblich. Nur damals spielten die Musiker vor dem Haus des Herrn Obersten oder des Herrn Generals und die Bürger promenierten dabei in ihrem besten Sonntagnachmittag-Ausgehanzug. Also es war bei der Mittagsmusik auf dem Olivaer Platz alles, wie es früher war. Die Blechinstrumente brüllten über den weiten Platz und weckten ein Echo in jedem Haus. Am allerschönsten jedoch war der Herr Kapellmeister. Er taktierte mit den Armen und dem Kopf und den Beinen. Mit dem ganzen Körper taktierte er und alle seine Bewegungen waren stramm, stoßweise, wie nach Kommando. Unwillkürlich hörte man alte Kommandos: „In Reihe gesetzt! Linksum!" „Achtung! Parademarsch! Die Augen links!" Und man dachte mit einer Bewegung, die das ganz beklommen machte: O welche Lust Soldat zu sein! So dachten auch, aber ganz bestimmt ohne Herzbeklemmung, die braven Bürger, die am Sonntag bei der Musik promenierten, und ihre Augen strahlten, so etwas Schönes wieder erleben zu können. Nur die Offiziere fehlten, aber die jungen Damen nahmen es damit nicht so genau und behalfen sich mit anderen Kavalieren, die Monokel trugen und auch sonst so taten, als ob sie Offiziere in Zivil wären.

Ein Stück reinster, feinster Militarismus mitten in der Republik! Aber das eine ist gewiß. Der notleidende „Mittelstand" wird sich über dieses Geschenk ganz außerordentlich gefreut haben, vielleicht mehr noch, als über die Gaben und Geldspenden, die für ihn in die auf dem Platz aufgestellten Opferbüchsen geworfen wurden. Das war so was für sein Herz.

Der Klante-Konzern vor Gericht.

188 Millionen Wetteinlagen.

Am kommenden Montag beginnt vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III die Verhandlung gegen den Wettkonzern Klante G. m. b. H. Die von Oberstaatsanwalt Schweitzer und Staatsanwaltschaftsrat Horn vertretene umfangreiche Anklage lautet auf Betrug, gewerbsmäßiges Glücksspiel, Konkursvergehen und Vergehen gegen das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung bzw. Beihilfe zu diesen Delikten und richtet sich gegen den Kaufmann Max Klante, dessen Bruder, den Gastwirt Gerhard Klante, den Kaufmann Paul Hornigk, den Vertreter Otto Jentsch aus Dresden, den Kaufmann Hugo Epstein und den Weinhändler Cuno Dehtlefsen. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Dr. Siegert, die Angeklagten werden von den Rechtsanwälten Dr. Alsberg, Dr. Welt, Dr. Puppe, v. Deuren, Dr. Pinder und Bahn verteidigt. In Prospekten, Zeitungsreklamen und durch Herausgabe der Zeitschriften „Berliner Sportjournalist" und „Der Meldereiter, Organ des Klante-Konzern" wurde das Publikum zur Leistung von Einzahlungen aufgefordert. Der Betrieb vergrößerte sich von Tag zu Tag, und schließlich umfaßte der Klante-Konzern folgende Abteilungen: die juristische Abteilung, deren Leiter ein Referendar Dr. Reichenbach war, die Sportabteilung, ferner Finanzabteilung und die Abteilungen für Propaganda, Buchhaltung, Vertreter und eine Geheimabteilung, die der Angeklagte Max Klante selbst leitete. Insgesamt waren dort 42 Personen beschäftigt. Außerdem wurden in allen größeren Städten Deutschlands zur Anwerbung von Einzahlern über 40 Vertreter beschäftigt, die eine Provision von 5 Proz. der bei ihnen gemachten Einzahlungen erhielten. Allein in den letzten 10 Wochen des Bestehens des Konzerns wurde eine Provision von 5 563 000 M. gezahlt. Durch diese Werbetätigkeit und durch den versprochenen hohen Gewinn angelockt, vertrauten 80 000 Personen dem Konzern ihr Geld an, welche insgesamt an Einlagen 188 199 277 M. einzahlten. Wie die spätere durch einen Bücherrevisor vorgenommene Aufstellung ergab, sind jedoch nur 137 557 000 Mark ausgezahlt worden, so daß 57 641 000 M. mehr eingezahlt als ausgezahlt worden sind. Diese Differenz zwischen Ein- und Auszahlungen erklärt sich dadurch, daß K. viele Millionen Provisionen gezahlt hatte und selbst ein überaus üppiges Leben führte. Klante selbst hat nach den Büchern in kurzer Zeit 14,8 Millionen entnommen, über deren Verwendung die Bücher keinerlei Aufschluß geben. Die Verhandlung beginnt am Montag, den 11., und soll am 13. zu Ende geführt werden. Wir werden über den Prozeß berichten.

Eine Straßenbahnfahrt 60 Mark.

Zum Glück noch nicht in Berlin, zunächst nur in Leipzig und Köln. Auch Hamburg, das erst kürzlich seine Tarife auf 40, 50 und 60 M. festgesetzt hat, beabsichtigt eine bedeutende Erhöhung. Bei Leipzig ist noch zu berücksichtigen, daß dieser Preis von 60 M. nur für eine einfache Fahrt über Tag gilt, und daß des abends und in den Nachtstunden, wie auch an Sonn- und Feiertagen besondere Zuschläge erhoben werden. Der Leipziger Magistrat wünscht außerdem von der Stadtverordnetenversammlung Vollmacht, in Zukunft die Straßenbahntarife gleitend bei neuen Lohnaufbesserungen ebenfalls erhöhen zu können. Chemnitz hat auch dieser Tage 50 M. für eine Fahrt festgesetzt. Für den Berliner Fahrgast also wenigstens den schwachen Trost, daß das Elend überall das gleiche ist, ja, daß Berlin verhältnismäßig hinter vielen deutschen Städten noch zurücksteht.

Hamburger Fahrpreise. Die Hamburger Bürgerschaft setzte die neuen Tarife für die Hoch-, Straßen- und Zentralbahn auf 50, 70 und 90 Mark fest. Sonntags und Feiertags gilt ein Einheitstarif von 50 M. Der Spättarif von 11 Uhr nachts ab beträgt 90 M.

„Entpolitisierung" der Schulen.

Das Provinzialschulkollegium Berlin hat im November eine Verfügung erlassen, die die Zugehörigkeit der Schule zu allen „politischen" Vereinen unterschiedslos verbietet. Hiergegen haben sich die republikanischen Jugendverbände mit aller Entschiedenheit gewandt. Ihrem Protest, der auch die Unterschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend trägt, wird jeder zustimmen, der sich mit gesundem Menschenverstande sagt, daß das Ziel dieser Verfügung, „eine der Jugend abträgliche Politisierung zu verhindern", in dieser Allgemeinheit pädagogisch wie politisch verfehlt ist. Parteipolitik und vor allem parteipolitische Beeinflussung soll vor den Toren der Schule haltmachen. Aber im übrigen tut uns nicht „Entpolitisierung" der Jugend not, vielmehr eine recht kräftige, durchgreifende und baldige Politisierung, allerdings eine solche, welche die Jugend mit einer ehrlichen republikanischen Staatsgesinnung erfüllt! Daß indessen diejenigen Jugendverbände, die sich selbst diese Aufgabe gestellt haben, in der genannten Verfügung mit dem deutschvölkischen, deutsch-nationalistischen, hakenkreuzlerischen, „kaisertreuen", „aufrechten" und ähnlichem Gelichter in einen Topf geworfen werden und dem Verbot verfallen, muß als eine Beleidigung derjenigen jungen Menschen empfunden werden, welche eine anständige politische Gesinnung unter sich pflegen. Es zeigt sich hier, daß trotz aller „Aufrufe" des Ministers von dem festen Willen der Schulbehörde, ihrerseits das Bekenntnis zur Republik, dort, wo es laut wird, zu fördern und zu stützen, nicht die Rede ist. Die „Entpolitisierung" der Schulen, die mit dem Erlaß des Berliner Provinzialschulkollegiums angebahnt werden soll, ist eine antirepublikanische Maßnahme.

Die Kleinkohlenhändler.

Das Kohlenamt hat vor einigen Tagen bekanntgegeben, daß gegen eine große Anzahl von Kohlenhändlern Strafverfahren eingeleitet sind, weil sie versucht haben sollen, Kohlenvorräte zurückzuhalten oder sie zu den noch nicht in Kraft befindlichen erhöhten Preisen zu verkaufen. Diese Beschuldigung trifft, wie uns aus Kleinhändlerkreisen mitgeteilt wird, auf die Kleinhändler mit wenigen Ausnahmen nicht zu. Das Kohlenamt hat zwar auch hier Vorräte verkaufen lassen, doch handelt es sich hierbei nicht um zurückgehaltene Ware, sondern um Kohle, die erst nach dem 16. November, dem Inkrafttreten der Preiserhöhung auf den Zechen, von dort abgegangen ist, also dem Kleinhändler zu den neuen erhöhten Preisen angerechnet wird. Ein Fall für viele sei genannt: Ein Kleinhändler erhielt am 17. und 18. November zwei Waggons Briketts, deren Anfuhr sofort von der Kundschaft bemerkt wurde und die sich nun zahlreich einfand, um sich noch billig einzudecken. Da die Preiserhöhung auf den Zechen schon am 16. eingetreten war, wurden ihm die Kohlen mit einem Aufschlag von über 48000 M. angerechnet, er war also nicht in der Lage, der Forderung seiner Kundschaft, die alten Preise zu berechnen, nachzukommen. Das hätte für ihn einen Verlust von 300 M. pro Zentner bedeutet. Die Menge beschwerte sich beim Kohlenamt und der Kontrollbeamte ordnete auf direkte Anweisung des Kohlenamtes an, daß, trotzdem der Händler nachwies, daß er die erhöhten Preise zu zahlen habe, die Kohlen zu dem alten Preise, also zu 507,80 M. pro Zentner, an die Verbraucher abgegeben werden müßten. Dem Kleinhändler ist dadurch ein Schaden von über 100 000 M. entstanden. Die Kleinkohlenhändler haben die Empörung des Publikums über die Preiserhöhungen zu ertragen, denn selten wird daran gedacht, daß nicht sie die Preise diktieren, sondern daß auch ihnen die Preise diktiert werden. — Selbstverständlich haben die Kleinkohlenhändler darauf zu achten, daß die Ausnahmen, die sie in ihrer Zuschrift selbst erwähnen, nicht zur Regel werden.

Der Wucher mit dem Tannenbaum.

Vorsorgliche Weihnachtsspekulanten haben sich schon jetzt für den Weihnachtsbaumhandel eingedeckt. Sie rechnen damit, daß wieder, wie in den letzten Jahren, ängstliche Leute ihren Tannenbaum sehr frühzeitig kaufen wollen und dann bereit sein werden, sehr hohe Preise zu zahlen. Diese Spekulation schlägt gewöhnlich dann nicht fehl, wenn eine starke Einfuhr von Bäumen nicht zu erwarten ist. In diesem Jahre kommt noch für Zehntausende von Familien die Unmöglichkeit hinzu, einen hohen Preis für den Weihnachtsbaum anzulegen. Außerdem macht die hohe Bahnfracht den Großhandel äußerst zurückhaltend. Verhältnismäßig billige Preise sind also unter keinen Umständen zu erwarten. Es geht aber doch über die Hutschnur, wenn noch vor Eröffnung des offiziellen Weihnachtsstraßenhandels für einen Baum von 2 bis 3 Meter Höhe 700 bis 900 Mark gefordert werden. Es erscheint dringend notwendig, daß schleunigst Maßnahmen getroffen werden, damit der schon begonnene Wucher mit Tannenbäumen gleich im Keime erstickt wird.

Für den Zoo. Der Magistrat hat beschlossen, dem Zoologischen Garten einen Vorschuß von 1½ Millionen Mark in demselben Augenblick zu zahlen, wo das Land Preußen einen Vorschuß in Höhe von 3 Millionen Mark dem Zoologischen Garten gewährt.

„Königlich" nennt sich die Eisenbahngüterabfertigung Gerdauen (Ostpreußen) noch auf einem nach Lichterfelde gelangten und uns vom Empfänger vorgelegten Frachtbriefduplikat aus dem Oktober dieses Jahres. Der jetzt nur noch wie eine absichtliche Verhöhnung der Republik wirkende Zusatz „Kgl." findet sich in einem aufgedrückten Stempel, aus dem er längst auf die einfachste Weise hätte beseitigt werden können. Hat schon einmal einer gehört, daß ein Eisenbahnbeamter für solche Unterlassung bestraft worden wäre? — In Johannisburg (Ostpreußen) gibt es auch noch einen „Königlich" Preußischen Oberzollkontrolleur, wie aus der Verschlußmarke eines im November dieses Jahres abgesandten amtlichen Briefes zu ersehen ist. Dem Absender ist es nicht eingefallen, das „Königlich" wenigstens durch Streichung auszutilgen.

Die Gartenarbeitsschule gehört zu den Schulreformen, die der schärfsten gegnerischen Kritik standhielten. Sie entwickelt sich unaufhaltsam vorwärts. In vielen Gemeinden Deutschlands hat man sie eingerichtet, oder sie ist im Entstehen. Am 14. Dezember, nachm. 5½ Uhr, wird diese Schulreform im Film in der Urania, Berlin Taubenstraße 48, gezeigt werden. Der Gründer, Rektor Hahn, wird dazu sprechen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, vielfach heiter, aber noch unbeständig mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Morgen, Freitag, den 8. Dezember:

14. Kreis Neukölln. 7 Uhr erweiterte Kreisvorstandssitzung an bekannter Stelle.
6. Abt. 7½ Uhr Funktionärsitzung bei Doberschlaw, Swinemünder Str. 11.
77. Abt. Schöneberg. 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung in der Gemeindeschule Frankenstr. 10/11.

Sport.

Die Radrennbahn im Sportpalast bereitete gestern ihren zahlreich erschienenen Anhängern einen besonderen sportlichen Genuß. Sie hatte den Sieger im New-Yorker-Sechstagerennen, van Kempen, zu einem Match in drei Läufen gegen den Sieger im vorjährigen Berliner Sechstagerennen, Karl Saldow, verpflichtet. Der Holländer van Kempen kam, sah und siegte in allen drei Läufen wie er wollte in leichtester Manier. Dann trat der Berliner Straßenmatador Adolf Huschke in einem Match über ebenfalls drei Läufe van Kempens Landsmann, de Graaff, gegenüber. Hier feierte erwartungsgemäß der Berliner einen schönen Sieg, indem er von den drei Läufen zwei in gutem Stil gewann. In einem 50-Kilometer-Punktefahren mit vier Wertungen war das Feld durch vom Publikum zahlreich ausgeworfene Prämien in steter Aufregung. Techmer, Kohl, Manthey, Behrendt, Otto Tietz und Stolz versuchten zudem wiederholt das Feld zu sprengen, was vorerst aber an der Wachsamkeit aller Fahrer scheiterte. Nach der vierten Wertung setzte dann Techmer in Gemeinschaft mit Kohl zu einem erneuten Vorstoß ein, der ihnen dann nach zähem Tempofahren auch die erhoffte Gewinnrunde und 12 Punkte Gutschrift eintrug. Ein Vorgabefahren mit sieben Vorläufen vervollständigte das Programm.

Ergebnisse: Match van Kempen — Saldow, 1. Lauf Malfahren über 10 Runden: 1. van Kempen 2:52 4/5; 2. Saldow 1 Lg. — 2. Lauf, Malfahren über 10 Runden: 1. van Kempen 2:37 1/5; 2. Saldow ½ Bahnrunde zurück. — 3. Lauf, Verfolgungsrennen: van Kempen passiert Saldow nach 10 Runden in 3 Min. 10 1/5 Sek. — Match de Graaff — Adolf Huschke, 1. Lauf, Malfahren über 5 Runden: 1. Ad. Huschke 1:7; 2. de Graaff ¼ Lg. — 2. Lauf, Malfahren über 5 Runden: 1. de Graaff, 2. Huschke 1 Lg. — 3. Lauf, 20-Runden-Punktefahren: 1. Huschke 5, 2. de Graaff 7 Punkte. — 50-Kilometer-Punktefahren: 1. Techmer 1 Std. 16 Min. 3 1/5 Sek. (16), 2. Hahn (15), 3. Behrendt (15), 4. Schröder (12), 5. Kohl (12 Punkte); Schrefeld abermals wegen unfairen Fahrens disqualifiziert. — Vorgabefahren, 6 Runden: 1. Martin 90, 2. Meyer 55, 3. Poch 75, 4. Linsener 45, 5. Kaleta 20 Meter Vorgabe.

Schon am kommenden Sonntag nimmt van Kempen Gelegenheit, auch in einem langen Rennen über 200 Runden gegen Saldow, Huschke, Bauer u. a. mehr seine hohe Klasse zu verteidigen.

Ein internationaler Boxkampf-Abend findet morgen Freitag 8 Uhr in der Bockbrauerei, Fidicinstraße, zum Besten der noch im Tempelhofer Versorgungslazarett liegenden Schwerkriegsbeschädigten statt. Breitensträter wird bei den Kämpfen als Schiedsrichter fungieren.

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdrucker zum Industrieverband.

Im Verband der Deutschen Buchdrucker wurde auf Beschluß der letzten Generalversammlung, der mit 89 gegen 62 Stimmen gefaßt war, eine **Urabstimmung** unter den Mitgliedern über die Frage des organisatorischen Zusammenschlusses zum **Graphischen Industrieverband** vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich 56968 Verbandsmitglieder, die 56349 Stimmen abgaben, wovon **21383 für den Industrieverband und 34966 dagegen** stimmten. Der vierte Teil der Mitglieder (25,4 Proz.) hat sich an der Urabstimmung nicht beteiligt. Diese Enthaltsamen sind sicherlich keine Anhänger des Industrieverbandes, allein sie zählen nicht mit, da sie sich selber ausschalteten. Den Befürwortern mit 37,95 Proz. stehen 62,05 Proz. der Abstimmenden entgegen. Es wird also zunächst bei dem Graphischen Kartell bleiben.

Die **Buchbinder** stehen noch vor der Urabstimmung ihrer Mitglieder, während die **Lithographen und Steindrucker** eine Urabstimmung ihrer Mitglieder für überflüssig halten, da sie unbedingte Anhänger des Graphischen Industrieverbandes sind. Die **Buchdruckereihilfsarbeiter** können erst auf ihrer nächstjährigen Generalversammlung beschließen.

Durch die Entscheidung der **Buchdrucker** ist der Zusammenschluß zu einem Industrieverband auf einige Jahre vertagt.

Delegiertenwahlen im ZdA.

In drei Fachgruppen machte sich Urwahl der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung notwendig. Das Ergebnis ist:

Fachgruppe Gemeinde: Liste I: 28 Delegierte, Liste II: 11 Delegierte. **Fachgruppe Sozialversicherung**: Liste I: 14 Delegierte, Liste II: 8 Delegierte. **Fachgruppe „Unfrei"**: Liste I: 18 Delegierte, Liste II: 5 Delegierte.

Die Kandidaten beider Listen hatten sich vorher, entsprechend dem Verbandstagsbeschluß vom Jahre 1921, verpflichtet, den internationalen Gewerkschaftsbund zu **Amsterdam** als die allein zuständige internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften anzuerkennen und die Moskauer Gewerkschaftsinternationale und ihre Leitsätze ebenso wie alle anderen die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen zu bekämpfen.

Die Ausbeutung unserer Jugend.

Folgende Zuschrift des Holzarbeiterverbandes, der wir gern Raum geben, paßt mit geringen Aenderungen auch auf andere Berufe:

Seit langer Zeit bemüht sich die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes, die skandalösen Zustände in der Entschädigung der Berliner Tischlerlehrlinge zu beseitigen. Bisher ohne Erfolg. Die Tischlermeister lehnen jede Einmischung der Organisation in ihre „angestammten Rechte" ab und erklären, die Mitwirkung der Arbeiter in dieser Frage ist durch den Gesellenausschuß gegeben. Welch fragwürdiges Gebilde so ein Gesellenausschuß in heutiger Zeit ist, geht daraus hervor, daß durch den Obermeister dem Gesellenausschuß lediglich die Beschlüsse der Innung bekanntgegeben werden. Sonstiges hat so ein Gesellenausschuß nicht zu bestellen. Ein Tischlerlehrling erhält pro Woche Lohn: im ersten Jahr der Lehre 60 M., im zweiten Jahr 100 M., im dritten Jahr 150 M. und im vierten Jahr 250 M. Für diesen Wochenverdienst kann sich der junge Mann noch nicht einmal einen Bleistift kaufen; drei Wochen Arbeit sind notwendig, um einen Zollstock zu erstehen, vier Wochen muß der Lehrling arbeiten, um nur eine Tischlerschürze kaufen zu können. Das sogenannte Kostgeld soll bekanntlich die Ablösung für früher gewährte Kost und Logis beim Meister sein. In den Fällen, wo ein Lehrling in Kost und Logis war, also gewissermaßen zur Familie gehörte, bestand auch die Pflicht, den Lehrling zu kleiden. Bei obigen Löhnen würde sich während der ganzen vier Lehrjahre bei Nichtveränderung des Kostgeldes die Summe von 29120 M. ergeben; eine Summe, für die man kaum einen gewöhnlichen Anzug von der Stange kaufen kann. In einem Anfall von Verschwendungssucht **ersucht** der deutschnationale Obermeister Barth in der letzten Fachzeitung seine Kollegen, doch die Entschädigungssätze der Lehrlinge zu verdoppeln, also im ersten Jahr 120 M. pro Woche zu zahlen.

Um diese himmelschreienden Zustände zu ändern, hat der Holzarbeiterverband alle in Frage kommenden Instanzen angerufen, ist jedoch überall abgewiesen worden. Die vergeblichen Bemühungen des Gesellenausschusses sind schon erwähnt. Bei den Lohnverhandlungen erklärten die Arbeitgeber, auf dem Gebiet der Lehrlingsentlohnung sind sie souverän. Die Handwerkskammer winkt wegen Nichtzuständigkeit ab. Die Deputation für Arbeit und Gewerbe als vorgesetzte Behörde der Innungen erklärt, in Sachen der Lehrlingsentschädigung nichts unternehmen zu können.

Als letzten Ausweg hat sich der Verband an das Reichsarbeitsministerium gewandt und erhofft von dieser Stelle eine Aenderung dieses menschenunwürdigen Zustandes. Sollte auch diese letzte Stelle versagen, so wäre es an der Zeit, daß sich die Betriebsräte oder Obmänner der Firmen mit den Lehrlingen beschäftigen und sich mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht dahintersetzen, um die jungen Leute, deren Eltern selbst nicht genügend zum Leben haben, vor dem Verhungern zu schützen.

Drohender Streik in den Mühlen Groß-Berlins.

Durch einstimmigen Schiedsspruch wurde den Berliner Mühlenarbeitern für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember ein Wochenlohn von 15000 M. für Gelernte, 14800 für die Ungelernten und 10000 M. für die Frauen zugebilligt. Da nach Ansicht der Arbeitgeberorganisationen dieser Schiedsspruch in puncto der Löhne ein Fehlspruch ist, lehnen sie es ab, dieselben zu bezahlen. Sollte sich die Ansicht der Arbeitgeberorganisationen in dieser Frage nicht ändern, so ist es nicht ausgeschlossen, daß es zur Arbeitsniederlegung kommt. Dadurch würde die Berliner Bevölkerung in der Ernährungsfrage vor eine neue Katastrophe gestellt, da wenig Vorräte an Mehl vorhanden sind.

Generalversammlung der Buchbinder.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Buchbinder und Papierverarbeiter am Mittwoch abend beschäftigte sich mit den bevorstehenden Angestelltenwahlen. Zur Prüfung der eingegangenen Bewerbungen ist in einer früheren Versammlung eine Kommission gewählt worden. Der Obmann dieser Kommission, **Hodtopp**, berichtete der Versammlung über das Ergebnis der Prüfung. Aus seinem Bericht ging hervor, daß Bewerbungen in reichlicher Zahl eingegangen sind und daß es an geeigneten Bewerbern für alle in Frage kommenden Stellen nicht fehle.

Als Bevollmächtigte sind in Vorschlag gebracht worden: Kaspar (S.), Blank (S.), Göbel (K.) und Frenzel (K.). Als 1. Kassierer: Bytomski (S.) und Maaß (K.). 2. Kassierer: Becher (S.) und Röll (K.). Für die Branchenleitung der Buchbinder: Czerny (K.), der Kartonbranche: Priemer (S.) und Schuhknecht (K.). Zum Sekretär für die Buchbinderbranche: Klabunde (S.) und Frl. Schallat (K.). Für die Luxuspapierbranche: Jul. Otto (S.) und Lüdicke (K.). Zu Verwaltungsbeamten: Hugo Rasch (S.), Töpfer (S.), Brith (S.), Schulze (K.), Müllner (K.) und Konetzki (K.). Als Hilfskräfte für die Verwaltung: Menzel (S.) und Mittermüller (K.).

Die Aussprache über den Bericht und die Kandidaten nahm fast den ganzen Abend in Anspruch. Die Wahlen erfolgen am 16. Dezember.

Die Firma Otto Reichel, Essenzenfabrik und -handlung, ersucht uns unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Die in der Abendausgabe des „Vorwärts" vom 2. Dezember 1922 enthaltene Angabe, daß ich meinen Angestellten Gehälter von 5000 bis 15000 M. monatlich zahle und daß das Höchstgehalt von 22000 M. eine Abteilungsleiterin erhält, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr erhält eine Dame im Alter von 18 Jahren 12600 M. monatlich, im Alter von 21 Jahren 14000 M. monatlich, im Alter von 24 Jahren 24000 M. monatlich, im Alter von 26 Jahren 27000 M. monatlich, im Alter von 31 Jahren 33600 M. monatlich und eine solche im Alter von 32 Jahren 37400 M. monatlich. Ein Herr im Alter von 22 Jahren erhält 33600 M. monatlich.

Selbstverständlich stufe ich die Gehälter nicht lediglich nach dem Alter, sondern auch nach Arbeitsfeld und Leistungen ab.

Gez. Otto Reichel, So. Otto Reichel."

Unser Gewährsmann teilt uns hierzu mit:

Die Firma Otto Reichel vergißt in ihrer Berichtigung zu erwähnen, daß die **Gehälter beim Gros der Angestelltenschaft tatsächlich über 15000 M. nicht hinausgehen**. Es steht fest, daß im **Durchschnitt Gehälter von 8000 bis 10000 M. gezahlt werden. Daß eine Abteilungsleiterin 24000 M. erhält**, wird nicht bestritten, **aber auch dieses Gehalt entspricht** in keiner Beziehung den **ortsüblichen Sätzen. Im übrigen hat die Firma vergessen zu erwähnen, daß die in ihrer Berichtigung** angeführten Gehaltssätze wahrscheinlich erst nach Ausbruch des Streiks revidiert worden **sind, da es sich bei diesen Posten** ausschließlich um Personen **handelt, die der Firma jetzt ihre Dienste als Streikbrecher zur Verfügung stellen.**

Die Buchdruckergehilfen in Danzig, die seit 24. November im Streik standen, haben gestern abend **die Arbeit wieder aufgenommen**, nachdem durch die Verhandlungen vor dem Tarifamt der Buchdrucker eine Einigung erzielt ward. Die Gehilfen erhalten einen **Sonderzuschlag** zum Reichstarif, und zwar für die höchsten Löhne 2000 M. wöchentlich. Dazu kommt noch eine Sonderbeihilfe für Ledige von 10 Proz. und für Verheiratete von 20 Proz. des Wochenlohnes. Die Zeitungen erscheinen alle wieder.

In den tschechoslowakischen Staatsbetrieben hat das Ministerium der Landesverteidigung der Arbeiterschaft der ihnen unterstehenden Staatsbetriebe die Kollektivverträge zum Zwecke von **Entlassungen** gekündigt. In diesem Ministerium selbst werden von 1900 Beamten und Angestellten etwa 600 entlassen.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein 12. Fachgruppe „Städtische Meister": Freitag 6 Uhr in der Schulaula, Weinmeisterstr. 15. Neuwahl des Vorstandes. Beitragserhöhung.

Betriebsräte und Obmänner der ODP., Bezirk Berlin. Freitag 7 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Vollversammlung aller Betriebsräte und Obmänner im Oberpostdirektionsbezirk Berlin. Tagesordnung in der Versammlung. — Bezirks-Betriebsrat.

Achtung, Kunstschmiede der Amsterdamer Richtung! Freitag abend 7 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag westliches Westfalen.

Am Sonntag tagte in Dortmund der erste Bezirksparteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für das **westliche Westfalen**. In der Eröffnungsansprache konnte der Genosse **Klupsch** darauf hinweisen, daß der Bezirk jetzt wieder **über 75000 Mitglieder** aufweist. Der Bezirkstag beschäftigte sich mit der politischen Lage, mit der Wahl des Bezirksvorstandes und der Beitragsfrage. Die Genossen **Henßler**-Dortmund, Meis-Hagen und König-Dortmund referierten über den Zusammenschluß der Partei und über die politische Lage. Die Haltung der **Reichstagsfraktion** wurde in der Debatte **gebilligt** und eine Resolution von Wiktor-Bochum angenommen:

> **Der Bezirksparteitag spricht zu der Haltung der Reichstagsfraktion während der letzten Regierungskrise seine Zustimmung aus.**

Weiter wurden Resolutionen angenommen gegen die drohende **Besetzung des Ruhrgebiets**. Der Parteitag bekundet

> **den festen Willen der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete soweit als irgend möglich zu helfen und alle Kraft in den Dienst einer friedlichen Verständigung der Völker zu stellen. Der Parteitag appelliert an die sozialistische und gewerkschaftliche Internationale der Arbeiter, den Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Imperialismus zu unterstützen.**

Ferner werden Maßnahmen gegen die Verelendung der Arbeiterschaft, eine **Reform der Steuerpolitik**, Erfassung der Sachwerte und **währungspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark** verlangt.

Der neue Bezirksvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Klupsch, Henßler, Meis; Beisitzer: Hirdes-Hagen, Schönfelder-Herten, Eiffert-Haspe, Haverkamp-Linden-Dahlhausen, Pieper-Dortmund, Frau Wolf-Bocholt, Frau Endmann-Recklinghausen. In den Beirat treten aus der ehemaligen USP. hinein: Berhein-Hagen, Baltschen-Annen, Otter-Bochum, Herwig-Recklinghausen, Keiser-Siegen.

Zur Beitragsfrage wurde eine Resolution des Bezirksvorstandes, die einen wöchentlichen Beitrag von 30 M. für männliche und 10 M. für weibliche Mitglieder vorsieht, einstimmig angenommen. Invaliden und Rentner zahlen den Beitrag für Weibliche; erwerbsunfähigen Invaliden und Rentnern können die Beiträge von den örtlichen Parteileitungen ermäßigt oder erlassen werden. Die Resolution fordert weiter, die Parteipresse zu erhalten und auszubreiten und die Aktionsfähigkeit der Partei zu stärken. Das Beitrittsgeld wurde auf 20 M. erhöht.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Zähne 200 u. 250 M. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 400 Mark an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Zahngebisse
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs
sowie
Gold- Silber- Platin- Bruch
sämtliche Schmuckgegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur
Barheine Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.
Bei Ankauf Fahrgeldvergütung.

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet! Ankaufsabteilung Neu eröffnet!
für
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
gegenüber dem altbekannten
Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Trauringe
Tagesneu
billiger
Dukat.-Gold 900 gest.
von 6500.— M. an
333-585 in reicher Auswahl.
Namen und Etuis umsonst
Apparate, moderne Uhren u.
Trauringfabr. Alb. Thal & Co.
Geschäft: C. 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)
Geschäft: Charlottenburg, Bismarckstraße 73
(Untergrundbahn Sophie-Charlotte-Platz)

Möbel
kaufen Sie
sehr vorteilhaft
bei
G. Camnitzer,
Schönh. Allee 82,
Ecke Wichertstr.
Hochb. Nordr.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung

Man staunt wie billig!
Eilen Sie eh's zu spät wird!
Noch verkaufen wir, soweit Vorrat reicht!
Anzüge / Schlüpfer
Winterpaletots
Gummimäntel / Hosen
noch sehr billig!
weit unter heutigem Gestehungspreis
Kauferleichterung durch Anzahlung
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Str.
an der Bismarckstrasse.
Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!
Wert 500 Mark in bar beim Einkauf gegen Vorzeigung dieses Inserats!

Zahngebisse (Platin)
auch zerbrochene, sowie einzelne Zähne,
kaufe pro Zahn 500.-, 700.-, 900.- bis 30000 Mk.
Gold, Silber, Gegenstände, Ketten, Ringe.
Zahn-Atelier Moabit, Stephanstr. 17 I. Ecke Rathenower Str.
Fahrgeldvergütung

Edelmetallschmelze
E. Seeger, Pallisadenstr. 19
kauft
Gold-, Platin-, Silber-Bruch
Zahngebisse.
Besonders hohe Preise, da enormer Bedarf.

Gold Silber - Platin
Gegenstände, Bruch
Zahngebisse
kaufen zu unüberbietbaren Preisen
Gebrüder Fuhrmann
Nollendorfstr. 39.

Zahlt höchste Bezahlung für
Zahngebisse
(auch zerbrochene)
Brillanten
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brennstifte, Münzensammlung,
Ketten, Ringe, Uhren
Juwelier Bocksch Kleine Frankfurter Str. 1
2 Min. vom Alexanderplatz

GOLD- SILBER- PLATIN- BRUCH
kauft
Neuköllner Edel-Metall-Börse
(Embö) G. m. b. H.
Hermannplatz 15 Tel. 4591
Berliner Straße 82 Tel. 1989
Fahrgeld wird vergütet
Mark Prämie bei Vorzeigung der Annonce

Gold-Silber-Platin Bruch
Ringe, Ketten, Uhren, Bestecke etc.
Brillanten, Zahngebisse
kauft höchstzahlend
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Korbmöbel
(Garten, Balkon, Wohnz.) mod. u. dauerhaft in großer Auswahl
Korbsessel
Gr. Auswahl
Besicht erbet.
Heinr. Kaese
Neukölln, Berl. Str. 89